

Z-01 Zukunft der sozialen Sicherung

Antragsteller/innen: Bundesvorstand und weitere UnterstützerInnen

Gegenstand: Zukunft der sozialen Sicherung

Anmerkungen: Beschluss vom 31.10.2007

Aufbruch zu neuer Gerechtigkeit!

1 I. Realität sozialer Spaltung und Ausgrenzung

2 „Wir wollen eine Gesellschaft gestalten, in der niemand ausgegrenzt wird, in der alle ihre
3 Chancen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten bekommen,“ mit diesen Eingangsworten stellt
4 unser Grundsatzprogramm von 2002 Staat und Gesellschaft unter den Anspruch eines
5 „Aufbruchs in eine emanzipative Sozialpolitik“.

6 Im Jahr 2007 kann von einer Verwirklichung dieses Anspruchs in unserem Land nicht die
7 Rede sein. Wir stehen auch nach den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen der
8 letzten Jahre vor dem Problem, dass viele Menschen ohne existenzsicherndes
9 Erwerbseinkommen dauerhaft sozial ausgegrenzt werden. In unserer Gesellschaft fehlt es
10 nach wie vor an einer Infrastruktur, die den Menschen Zugang zu den grundlegenden
11 öffentlichen Gütern ermöglicht – zu guter Bildung, zu guter Arbeit und zu einem würdigen
12 Auskommen. Deshalb treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen neuen Aufbruch in der
13 Sozialpolitik ein. Wir wollen eine Reform der Individualtransfers, die den Menschen
14 Möglichkeiten eröffnet und sie zu einem selbstbestimmten Leben ermutigt. Und wir streiten
15 für einen öffentlichen Raum, der den Menschen Zugänge bietet. Hierin liegt die tiefe
16 gerechtigkeitspolitische Bedeutung der Parole „Institution Matters!“- öffentliche Institutionen
17 sind wichtig. Gesellschaftliche Solidarität kommt nicht aus ohne staatliche Institutionen, auf
18 die die Menschen angewiesen sind um an öffentlichen Gütern teilzuhaben.

19 Eine zunehmende Schere zwischen verfestigter Armut Vieler auf der einen Seite und
20 drastisch anwachsendem Reichtum Weniger auf der anderen akzeptieren wir nicht. Die lang
21 anhaltende Massenerwerbslosigkeit, geringe Bildungschancen für große Teile der
22 Bevölkerung, verbreitete Kinder- und wieder steigende Altersarmut sowie die Folgen des
23 demografischen Wandels drohen aber die Spaltung in unserer Gesellschaft zu vertiefen.
24 Bittere Realität in vielen Familien ist, dass Armut und Chancenlosigkeit über Generationen
25 weitergegeben werden.

26 Die kontinuierlich wachsende Kinderarmut ist ein Skandal. 2,2 Millionen Kinder leben in
27 Deutschland in Armut, jedes sechste Kind ist betroffen. Kinderarmut ist dort am größten, wo
28 die Eltern Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt ihren Platz zu finden, also bei
29 Alleinerziehenden, bei Familien mit mehreren Kindern und bei Familien mit
30 Migrationshintergrund. Der Hartz IV-Regelsatz für kleine Kinder unterstellt, man könne für
31 2,50 Euro am Tag ein Kind gesund ernähren. Das ist ein Hohn. Tatsache ist: In nicht
32 wenigen Schulen warten Kinder aus Familien, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind,
33 während andere ein warmes Schulessen bekommen, im Raum nebenan, weil sie das nicht
34 bezahlen können. Auch für Nachhilfe oder musische Bildung oder sportliche Betätigung für
35 diese Kinder ist kein Anteil im Regelsatz vorgesehen, was dazu beiträgt, dass im

36 Bildungswesen die sozialen Schieflagen reproduziert werden. Kinder, die so aufwachsen,
37 haben es schwer, Selbstbewusstsein zu entwickeln und hoffnungsvoll in die Zukunft zu
38 blicken.

39 Die Angst vor dem sozialen Abstieg reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft. An vielen
40 Menschen zieht der Aufschwung vorbei. Dies gilt noch verstärkt in Gegenden mit
41 dauerhaft hoher Erwerbslosigkeit. Die Wohlstands- und Aufstiegsversprechen
42 vergangener Jahrzehnte sind leer geworden. Es droht die dauerhafte Spaltung in
43 Gewinner und Verlierer: die Spaltung zwischen jenen, die „produktiv“ sind und einer
44 Erwerbsarbeit nachgehen und somit dazu gehören und jenen, die sich überflüssig fühlen
45 und von der Gesellschaft nicht gebraucht. Diese Spaltung schafft eine neue
46 Gerechtigkeitslücke. Wir nehmen nicht hin, dass viele Menschen nicht oder nur
47 unzureichend an Bildung, Arbeit, gesundheitlicher Versorgung und Einkommen sowie
48 Mobilität teilhaben. Daraus ergeben sich die zentralen Herausforderungen für die
49 Neuorientierung in der Sozialpolitik. Es gilt die Gerechtigkeitslücke zwischen denen die
50 drinnen und denen die draußen sind, zu überwinden.

51 „Wir setzen auf soziale Sicherheit und gerade deshalb auf den Mut zum Wandel. Soziale
52 Sicherheit braucht den Wandel. Und der Wandel braucht seinerseits neue Formen der
53 Sicherung. Das eine geht nicht ohne das andere. Die gerechte Verteilung der wichtigen
54 gesellschaftlichen Güter ist Kernbestandteil bündnisgrüner Politik.“ Diese Feststellung des
55 Grundsatzprogramms stimmt nach wie vor. Wir orientieren uns deshalb an unserem
56 erweiterten Begriff von Gerechtigkeit, der Verteilungsgerechtigkeit mit
57 Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit
58 verbindet.

59 **1. Aktuelle Debatte und neuer Aufbruch**

60 Die Bundesregierung verweigert eine ehrliche Debatte über die soziale Realität unseres
61 Landes. Die Union möchte ihre scharfmacherische Rolle bei der Hartz-Gesetzgebung
62 vergessen machen, aber von Umkehr ist sie weit entfernt. Die FDP hat sich für soziale
63 Gerechtigkeit seit Jahrzehnten nicht mehr interessiert. Die Linkspartei igelt sich mit
64 populistischen Parolen ein.

65 Kurt Beck hat mit seinem – Vorstoß zur Verlängerung des Arbeitslosengeld I für ältere
66 Arbeitnehmer zwar signalisiert, dass für die SPD die Agenda 2010 nicht mehr völlig
67 sakrosankt sein soll; er hat damit das Diskussionstabu, an dem die SPD zu ersticken
68 droht, relativiert, auch wenn der Alg I Vorschlag in der Sache verfehlt ist.. Aber die
69 tatsächlichen Prioritäten wie die Frage nach einer das soziokulturelle Existenzminimum
70 absichernden Höhe des Regelsatzes bei Hartz IV oder nach einem tatsächlich
71 bedarfsdeckenden eigenständigen Regelsatz für Kinder oder nach dem besseren Schutz
72 der privaten Altersvorsorge, hat er ausgeklammert. Auch in der SPD-Linken werden diese
73 Fragen immer noch ausgeblendet. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, setzen
74 demgegenüber einen sozialpolitischen Aufbruch hin zu einem ermutigenden Sozialstaat
75 auf die Tagesordnung.

76 Für uns Bündnisgrüne ergibt sich in dieser Lage eine besondere Verantwortung. Es geht
77 darum, eine Richtung zu weisen, die die Menschenwürde zum Maßstab hat. Und es geht
78 insbesondere darum, die unmittelbar anstehenden, drängenden Veränderungen in den
79 Mittelpunkt zu rücken. Als „Modernisierungslinke“ kämpfen wir gegen eine Politik der
80 sozialen Ausgrenzung, die die Teilhabechancen der Menschen dem Zufall der Herkunft
81 und des Marktes überlässt. Gleichzeitig wenden wir uns mit unserer Reformstrategie
82 gegen einen sozialen oder nationalistischen Klientelismus, der vielen Ausgegrenzten und
83 Chancenlosen die Solidarität verweigert – Kindern in Armut, Menschen mit geringer

84 Bildung oder Menschen, die noch nie einen festen Arbeitsplatz hatten, oder Menschen mit
85 Migrationshintergrund. Unsere Grüne Vision vom ermutigenden Sozialstaat bewährt sich
86 darin, dass sie uns in die Lage versetzen, das Vordringliche mit Klarheit und
87 Entschiedenheit anzupacken. Wir wollen die Ansatzpunkte benennen, für die jetzt um
88 Mehrheiten gekämpft werden kann und muss.

89 Mit der Grünen Grundsicherung haben wir ein Projekt, das sich für den nötigen
90 sozialpolitischen Aufbruch in besonderer Weise eignet: Wir wollen die Realität von Hartz
91 IV durch die Erkämpfung einer bedarfsorientierten Grundsicherung überwinden, die das
92 soziokulturelle Existenzminimum sichert und Teilhabe ermöglicht. Dieses Projekt kann ein
93 Kristallisationspunkt sein für wirkungsmächtige Bündnisse.

94 Dabei geht es um drei Kernfragen: Was muss anders werden, um die Würde des
95 Menschen auch für Langzeiterwerbslose zu sichern? Welches Transferniveau ist zur
96 Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums notwendig? Wie kann durch Zugänge
97 zu den zentralen gesellschaftlichen Gütern Arbeit, Bildung, Gesundheit, Mobilität und
98 demokratische Teilhabe der Ausweg aus Armut ermöglicht werden? Indem wir diese
99 Fragen überzeugend beantworten, wollen wir der sich ausbreitenden Abstiegsangst
100 entgegenwirken und die tatsächliche Unsicherheit und Ungleichheit überwinden. Wir
101 wollen dazu beitragen, dass jeder Menschen anerkannt wird und einen akzeptierten Platz
102 in der Gesellschaft findet.

103 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reagieren auf die veränderten sozialen Bedingungen nicht
104 mit Abbau des Sozialstaates, sondern mit Erneuerung seiner mehr denn je notwendigen
105 Schutz- und Hilfesysteme zur Gewährleistung und Stärkung gesellschaftlicher
106 Gerechtigkeit und Teilhabe.

107 Seit längerem wird sowohl bei uns wie auch in der ganzen Gesellschaft intensiv um die
108 Frage gestritten, wie der Sozialstaat der Zukunft aussehen soll. Klar ist: die neoliberale
109 Hegemonie ist gebrochen. Selbst die Konservativen stellen derzeit trotz großer
110 programmatischer Kontinuität nicht die marktradikalen Forderungen in ihr Schaufenster,
111 mit denen sie noch den Bundestagswahlkampf 2005 bestritten. Den
112 Meinungsumschwung, der sich darin spiegelt, wollen wir nutzen für Reformen, die sich
113 den aktuellen Herausforderungen der Sozialpolitik stellen. Globalisierung,
114 Individualisierung, neue soziale Spaltung, demographischer Wandel und Migration, das
115 sind die großen aktuellen Herausforderungen. Sie zu meistern und dabei
116 Verteilungsgerechtigkeit wie Chancengerechtigkeit zugleich im Auge zu behalten, darin
117 muss der Sozialstaat seine Leistungsfähigkeit beweisen. „Er muss modernisiert werden,
118 um seine integrative Kraft zu bewahren und um einen sozialen Ausgleich und
119 Chancengleichheit für alle nicht dem freien Markt zu überlassen.“ (Grundsatzprogramm)

120 **2. Hartz IV**

121 Eine ernsthafte Diskussion über soziale Gerechtigkeit muss sich mit den Hartz-Reformen
122 kritisch auseinandersetzen.

123 Wir Bündnisgrüne haben die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen nach einer
124 Entscheidung unseres Cottbuser Sonderparteitags 2003 als Regierungspartei
125 mitgetragen, ohne dabei unsere Kritik an entscheidenden Punkten zu verstecken. Die
126 Agenda 2010 und die Hartz-Reformen beinhalteten positive, von uns schon lange
127 geforderte Schritte, etwa die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und
128 den damit verbundenen Zugang und Reintegration vieler vormaliger Sozialhilfeempfänger
129 zur aktiven Arbeitsmarktförderung. Sie beinhalteten aber auch negative Teile, die von uns
130 schon bei der Verabschiedung kritisiert wurden In den Verhandlungen mit dem Unions-

131 dominierten Bundesrat und der damaligen Bundestagsopposition konnten wir viele unsere
132 Forderungen nicht durchsetzen. Wir übernahmen trotzdem die Mitverantwortung für diese
133 Reformen, weil wir nicht zulassen wollten, dass andernfalls der Sozialstaat durch den
134 Blockade-Stillstand oder durch einen neoliberalen Durchmarsch der Marktradikalen unter
135 dem Druck der Krise ganz an die Wand gefahren wird.

136 Heute müssen wir feststellen, dass der Abstand zwischen unseren Zielen und der Praxis
137 der Arbeitsmarktpolitik vor Ort, verstärkt noch durch neue Entscheidungen der Großen
138 Koalition, in einem eklatanten Maße gewachsen ist. Wir wollen deshalb unsere Position
139 neu bestimmen.

140 Wir können dabei Bezug nehmen auf differenzierte Hartz-Bewertungen unserer Kieler
141 Bundesdelegiertenkonferenz 2004 oder unserer „Hartz-Evaluation“ vom Februar 2007.
142 Richtig bleibt die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, richtig die
143 Einbeziehung der ehemaligen SozialhilfeempfängerInnen in die Arbeitsmarktförderung,
144 richtig der Ansatz der fachübergreifenden Hilfe, des Fallmanagements. Bis dahin
145 verdeckte Armut wurde sichtbarer. Einige Maßnahmen haben tatsächlich dazu
146 beigetragen, die Beschäftigungswirksamkeit des Wachstums zu erhöhen. Doch dies war
147 verbunden mit Entscheidungen, die gegen unsere massive Gegenwehr zustande kamen
148 und die sich seither tatsächlich als sozialpolitisch fatal erwiesen: die Verschärfung der
149 Zumutbarkeitsbedingungen etwa, der zu geringe Schutz privater Altersvorsorge, die zu
150 niedrigen Zuverdienstgrenzen, die vollständige Anrechnung von Partnereinkommen.
151 Unsere Forderungen nach Gleichstellung der Geschlechter fanden im großkoalitionären
152 Konsens keine Berücksichtigung. Wir müssen konstatieren, dass bei Hartz die
153 versprochene Balance zwischen Fordern und Fördern nie zustande kam, es gab keine
154 Förderung auf gleicher Augenhöhe. Das System ist auf Kontrolle statt auf Ermutigung und
155 Motivation zur Eigenverantwortung ausgerichtet. Die Zielbestimmung des Gesetzes gab
156 der Verantwortung der Betroffenen mehr Gewicht als der makroökonomischen
157 Verantwortung des Staates. Deshalb wurden zahlreiche Regelungen des Gesetzes in der
158 Praxis zu Anlässen bürokratischer Schikane. Die „Würde der Langzeitarbeitslosen“ wurde
159 dadurch höchst antastbar und die „Chancen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten“ blieben oft
160 theoretisch. Es ist würdelos, wenn jemand zum dritten Computer-Kurs geschickt wird,
161 obwohl schon die ersten beiden keine Vermittlungschancen eröffneten; wenn mit
162 Einberufung zu sinnlosen Maßnahmen überprüft wird, ob jemand dem Arbeitsmarkt zur
163 Verfügung steht, obwohl der ihm gar kein Angebot machen kann; wenn junge Leute unter
164 25 Jahren gezwungen werden, wieder bei ihren Eltern einzuziehen, um volle Leistungen
165 zu bekommen. Nach wie vor werden Erwerbslose häufig verdächtigt, sich staatliche
166 Unterstützung zu erschwindeln.

167 Auch die Höhe der finanziellen Absicherung hat sich als ungenügend erwiesen. Wir
168 orientieren mit unserem Modell an den Berechnungen des Deutschen Paritätischen
169 Wohlfahrtsverbandes (DPWV) und fordern einen Regelsatz von 420 Euro. Ein großes
170 sozialpolitisches Problem ist die häufige Unterdeckung der Kosten der Unterkunft,
171 wodurch die Not vieler Hilfeberechtigter verschärft wird. Die Wohnkosten sind deshalb
172 künftig nach einem transparenten Verfahren zu übernehmen, das sich an einem aktuellen
173 örtlichen Mietspiegel und an der tatsächlichen Verfügbarkeit von Wohnraum orientiert.

174 **3. Den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen**

175 Aus der Hartz-Kritik hat die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle, die es
176 seit langem gibt, einen neuen Schub erhalten. Es gibt dabei sehr unterschiedliche
177 Modelle, die oft vermischt werden. Die Modelle sind ebenso vielfältig wie die
178 Gesellschaftsbilder ihrer Verfechter. Sie reichen vom utopischen Sozialismus bis zu

179 neoliberalen Staatsabbauideologien. Dabei einen uns Gerechtigkeitsvorstellungen und
180 bürgerliche Gleichheitsideale, während wir neoliberale Staatsabbauideologien einiger
181 Grundeinkommensbefürworter ablehnen. BefürworterInnen sehen im bedingungslosen
182 Grundeinkommen für alle die Lösung der wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen
183 Probleme. Es wird das Bild eines einfachen und fairen Sozialstaats gezeichnet, der den
184 Individuen ein größtmögliches Maß an Freiheit, Selbstbestimmung und Würde bei
185 gleichzeitiger finanzieller Existenzsicherung einräumt.

186 Bei manchen Grundeinkommens-Konzepten wie etwa denen von Götz Werner oder Dieter
187 Althaus ist es offenkundig, dass sie nicht den Anforderungen entsprechen, die wir an eine
188 Grüne Existenzsicherung haben. Es ist falsch, bedingungsloses Grundeinkommen für alle
189 zu fordern, weil angeblich der Gesellschaft die Erwerbsarbeit ausgehe – allein im Bereich
190 der Schwarzarbeit „verstecken“ sich fünf Millionen Jobs. Modelle eines bedingungslosen
191 Grundeinkommens, wie das von Katja Kipping, die eine hohe Alimentierung ohne
192 Gegenleistungen versprechen, unterstützen in Wirklichkeit die Tendenz zum Abbau
193 öffentlicher Infrastruktur. Wir wollen nicht, dass der Staat sich, wie zum Beispiel im
194 Bürgergeld-Modell von Althaus, sich mit der Zahlung einer „Stilllegungsprämie“ aus der
195 Verantwortung die Teilhabe aller zu gewährleisten zurückzieht – und stattdessen auf die
196 alleinige Verantwortung der Individuen verweist. Die dauerhafte und bedingungslose
197 Alimentierung von Menschen kann für einen politischen und gesellschaftlichen
198 Ablasshandel missbraucht werden, der schnell zur organisierten Ruhigstellung ganzer
199 Bevölkerungsgruppen führt. Wir lehnen Grundeinkommens-Vorstellungen ab, die
200 Erwerbslose quasi abfinden wollen, bisherige soziale Sicherungsleistungen dafür gegen
201 rechnen und die Betroffenen mit der Verantwortung für die Schaffung gesellschaftlicher
202 Zugänge alleine lassen. Wir lehnen Vorschläge ab, deren Kern darin besteht, als
203 Kombilohn-Modelle für jedermann Arbeitgebern die Lohnkosten zu senken.

204 Doch durch solche Kritik ist die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen
205 nicht erledigt. Viele im Zusammenhang mit dem bedingungslosen Grundeinkommen
206 vertretene Argumente bringen nämlich Fehler im bisherigen System der sozialen
207 Sicherung zur Sprache. Sie plädieren zu Recht für ein System, das weniger mit Verdacht,
208 Misstrauen und Kontrolle arbeitet als vielmehr in Richtung Selbstbestimmung und Respekt
209 für mündige Bürgerinnen und Bürger mit individuellen Lebenswegen.

210 Wir haben in der Diskussion über Grüne Grundsicherung und bedingungsloses
211 Grundeinkommen im zurückliegenden Jahr von einander gelernt und unsere Konzepte
212 dabei präzisiert. Wir haben von den BefürworterInnen eines bedingungslosen
213 Grundeinkommens konkret den Vorschlag der Brückengrundsicherung aufgenommen.
214 Auch die Weiterentwicklung der im Grundsatzprogramm vorgesehenen
215 Kindergrundsicherung wurde in dieser Diskussion befördert. Es ist möglich, einzelne Ziele
216 und Elemente der Grundeinkommens-Debatte in das Konzept der bedarfsorientierten
217 Grundsicherung aufzunehmen, aber das ist kein Einstieg in den Systemwechsel zum
218 bedingungslosen Grundeinkommen für alle. Aus der Perspektive unseres Eintretens für
219 Gerechtigkeit legt die Grundeinkommens-Debatte einen falschen Schwerpunkt bei der
220 Erneuerung des Sozialstaats. Ein Großteil der sozialen Probleme von heute lässt sich
221 allein durch höhere individuelle Transfers nicht lösen. Stattdessen müssen im Mittelpunkt
222 unserer grünen Vision eines ermutigenden Sozialstaats der Ausbau und die Reform
223 öffentlicher Güter und Dienste stehen: insbesondere des Bildungssystems, der
224 Kinderbetreuung, der Pflege und der Arbeitsmarktinstitutionen.

225 Von den Vertretern eine bedingungslosen Grundeinkommens wird sehr stark mit zwei
226 Argumenten geworben: Erstens, dass es Gerechtigkeit herstelle, indem es eine

227 substantielle Verbesserung der materiellen Lage breiter Bevölkerungsschichten darstelle.
228 Zweitens, dass es ein ökonomisches Bürgerrecht auf kulturelle, institutionelle und
229 materielle Teilhabe an der Gesellschaft schaffe. Tatsächlich werden beide Ziele durch den
230 Ansatz eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle verfehlt. Eine breit angelegte
231 Verbesserung von Transfers, die sich nicht auf die Parteinahme für die sozial Schwachen
232 konzentriert, sondern kleine und mittlere Einkommen mit bedienen will, behindert gerade
233 die gesellschaftliche, kulturelle und institutionelle Teilhabe, weil sie die Spielräume für die
234 notwendigen Aufwendungen und Investitionen zugunsten öffentlicher Gemeinschaftsgüter
235 einschränkt. Der Aufbau einer umfassenden Bildungs-, Vorsorge- und Befähigungsstruktur
236 kommt damit zwangsläufig zu kurz, denn hierfür sind zusätzliche Mittel von rund 60
237 Milliarden Euro notwendig. Wenn wir aber Armut nicht nur lindern, sondern zukünftig auch
238 vermeiden wollen, haben gerade Investitionen in gute Infrastruktur, Zugangsgerechtigkeit
239 und öffentliche Angebote für Kinder und Erwachsene höchste Priorität.

240 Es funktioniert nicht, auf den Ausbau öffentlicher Institutionen einfach noch das
241 bedingungslose Grundeinkommen für alle drauf zu satteln. Wir setzen auf einen Staat, der
242 mit seinen Ressourcen klug haushaltet und Unterstützung gezielt denen zukommen lässt,
243 die sie wirklich brauchen. Nur so bleibt die nötige öffentliche Legitimation und auch die
244 Bereitschaft der gesamten Gesellschaft zur Solidarität erhalten.

245

246 II. Grundsätze Grüner Grundsicherung

247 Auf die sozialen Herausforderungen unserer Zeit reagiert die Grüne Grundsicherung
248 entsprechend den zentralen Werten unserer Partei: Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.
249 Zusätzlich zur Verteilungspolitik geht es uns um einen Aufbruch im Zeichen von
250 Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen und beim Zugang
251 zu gesellschaftlichen Gütern. Und für einen Aufbruch im Zeichen der Selbstbestimmung,
252 die ein ermutigender Sozialstaat erst für alle möglich macht. Denn nur eine
253 emanzipatorische Sozialpolitik gewährleistet nachhaltige soziale Sicherheit und
254 Teilhabegerechtigkeit ist Voraussetzung für lebendige Demokratie.

255 Zentrales Ziel der emanzipativen Sozialpolitik und daher auch der Grünen Grundsicherung
256 ist es die Voraussetzungen für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe zu
257 schaffen. Selbstbestimmt leben und mitwirken zu können, ist ein soziales Bürgerrecht.
258 Diesem Ziel entspricht auch, dass wir die Sozialversicherungssysteme zu
259 Bürgerversicherungen weiterentwickeln wollen.

260 Die Grüne Grundsicherung besteht aus zwei gleichberechtigten, sich ergänzenden
261 Komponenten: Aus der „Existenzsicherung“ auf der einen und der „Teilhabe-garantie“ auf
262 der anderen Seite. Denn Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung bestehen nicht allein
263 im Mangel an Geld, sondern auch im eingeschränkten Zugang zur Bildung und anderen
264 Gemeinschaftsgütern und in der Verweigerung des Zugangs zum Erwerbsarbeitsmarkt.
265 Wir brauchen beides: Existenzsichernde Transferleistungen und den
266 diskriminierungsfreien Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten, zu Räumen der
267 Befähigung und der Bildung. Nur so lassen sich Armutslebenslagen nachhaltig
268 überwinden. Jede Reduzierung des Sozialstaates auf eine der beiden Seiten muss
269 dagegen scheitern.

270 Durch angemessene Finanzausstattung einkommenschwacher Kommunen seitens der
271 Länder müssen diese in die Lage versetzt werden, den Zugang zu öffentlichen Gütern zu
272 gewährleisten und Kindergarten- und Schulesen, Sozialtickets für den ÖPNV sowie
273 angemessene Ermäßigungen bzw. Freistellung von Gebühren für Bildungs- und

274 Kultureinrichtung, die derzeit als rein kommunale, freiwillige Leistung gestaltet sind, bereit
275 zu stellen.

276 Als Vorbild dienen uns die skandinavischen Länder. Sie verbinden die hohen Investitionen
277 in Gemeinschaftsgüter, öffentliche Infrastruktur und Hilfesysteme mit der Motivation der
278 Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitarbeit. Damit belegen sie eindrucksvoll, dass die
279 These vom Ende der Erwerbsarbeit falsch ist. Von Skandinavien können wir lernen den
280 Wandel in der Arbeitsgesellschaft zu gestalten – und gleichzeitig hohe soziale Standards
281 zu erhalten.

282 Das fängt bereits bei Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung an. Für Kinder- und
283 Familienpolitik geben Dänemark und Schweden anteilig mehr aus als unser Land. Die
284 Barleistungen betragen dort aber nur 30 Prozent, bei uns 70 Prozent. Die Sachleistungen,
285 wie etwa öffentliche Aufwendungen für Kinderbetreuung machen bei uns nur 30 Prozent
286 aus, dort 70 Prozent. Die Resultate dieser Prioritätensetzung sind eindeutig: Während in
287 Deutschland 36 Prozent der Alleinerziehenden und 21 Prozent der Kinderreichen arm
288 waren, waren es in Dänemark nur 12 Prozent beziehungsweise 13 Prozent (Zahlen von
289 2005). Keine an Barleistungen orientierte Familienförderung schafft es, das steile
290 Einkommensgefälle zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern nur annähernd
291 auszugleichen. Erwerbsbeteiligung beider Eltern ist entscheidend. Auch bei
292 Alleinerziehenden mit Kleinkindern verbessert sich die ökonomische Situation durch
293 Erwerbstätigkeit enorm. Zudem ist die hohe Bedeutung frühkindlicher Bildung für die
294 Entwicklung der Kinder unstrittig. Daher die zentrale Bedeutung von qualitativ guter
295 Kinderbetreuung. Priorität für die Finanzierung dieses öffentlichen Gutes ist also aus
296 Gerechtigkeitsgründen unabweisbar.

297 Die Gesellschaft kann nicht auf die Kompetenzen und Potenziale ihrer Bürgerinnen und
298 Bürger verzichten. Sie darf niemanden aufs Abstellgleis schieben. Soziale Absicherung
299 muss so organisiert sein, dass sie die Voraussetzung einer selbst bestimmten
300 Lebensführung unterstützt und nicht behindert. Wir Grüne machen uns vor allem für die
301 Schwächsten der Gesellschaft stark. Denn wie gerecht und lebenswert eine Gesellschaft
302 wirklich ist, zeigt sich auch daran, wie sie mit jenen umgeht, die nicht Teil der
303 "Mehrheitsgesellschaft" sind.

304 **1. Die Würde ist kein Konjunktiv**

305 Nicht gebraucht zu werden, keinen Beitrag für eine funktionierende Gesellschaft leisten zu
306 können – das ist ein niederschmetterndes Signal. Deshalb müssen Staat und Gesellschaft
307 eine klare Botschaft an jede und jeden senden: „Wir können und wollen auf keine und
308 keinen verzichten, jeder und jede wird gebraucht! Wir werden allen ein Leben in Würde
309 ermöglichen!“

310 Deshalb muss sich die Grüne Grundsicherung klar und eindeutig von der heutigen Hartz-
311 Realität unterscheiden.

312 Wir brauchen ein solidarisches Sicherungsnetz. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen
313 können, dass ihm im Bedarfsfall geholfen wird: schnell, unbürokratisch und
314 existenzsichernd. Die Garantie einer ausreichenden materiellen Existenzsicherung ist eine
315 Voraussetzung für Identifikation mit und Vertrauen in die Gesellschaft.

316 Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen müssen so gestaltet sein, dass sie bei den
317 Individuen und ihren Fähigkeiten ansetzen, dass sie die Entwicklung selbstbestimmter
318 Menschen unterstützen und deren individuellen Bedürfnisse ernst nehmen und
319 berücksichtigen. Nur wer Menschen zutraut, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen
320 und ihnen die notwendigen Möglichkeiten und Freiheiten lässt, schafft Potenziale und

321 Räume für Kreativität und Wahrnehmung von Teilhabechancen.

322 In einem solidarischen System sozialer Sicherung können einerseits alle bei Bedürftigkeit
323 vorbehaltlose Unterstützung erwarten. Andererseits müssen sich alle, die das
324 gegenseitige Sicherheitsversprechen garantieren, darauf verlassen können, dass jedes
325 Mitglied der Solidargemeinschaft seinen Anteil zum Erhalt derselben beiträgt. Dieses
326 Prinzip ist konstitutiv für solidarisches Handeln. Es entspricht daher durchaus unserer
327 Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit, dass Menschen, die dazu in der Lage sind, für
328 erhaltene solidarische Unterstützung durch individuelle Transfers auch aktiv zum Wohle
329 der Gesellschaft beitragen. Unter Gerechtigkeit verstehen wir ein wechselseitiges
330 Verhältnis, in dem BürgerInnen durch die Solidargemeinschaft füreinander eintreten. Ein
331 gelingendes und vielfältiges Gemeinwesen ist auf die Partizipation seiner Mitglieder
332 angewiesen. Deshalb heißt Gegenseitigkeit natürlich auch, dass die Gesellschaft vom
333 Einzelnen soziales, kulturelles oder politisches Engagement entsprechend seiner
334 individuellen Fähigkeiten erwarten darf und auch die Bereitschaft fordern kann, im
335 Rahmen seiner Vorstellungen und Fähigkeiten etwas zur Gesellschaft beizutragen.

336 Gegenwärtig setzt die Arbeitsmarktpolitik vor allem auf Sanktionen, nicht auf Angebote,
337 um „Gegenleistungen“ der Transfer-EmpfängerInnen zu erreichen. Das ist falsch. Der
338 Grundbedarf muss jederzeit gewährleistet sein und darf künftig nicht durch Sanktionen
339 angetastet werden.

340 Die Erwartung einer „Gegenleistung“ darf nicht zum Ausgangspunkt werden für
341 bürokratische Zumutungen, bei denen am Ende die Würde der Betroffenen auf der
342 Strecke bleibt. Stattdessen müssen zwingend die Fähigkeiten, Vorstellungen und
343 Wünsche der Hilfebedürftigen berücksichtigt werden. Es muss ein Wunsch- und Wahlrecht
344 geben, das Recht jeder und jedes einzelnen, selbst vorzuschlagen, wie sie am besten zum
345 Nutzen der Gesellschaft beitragen können und wollen. Eigeninitiative soll gefördert
346 werden, wobei Engagement bei der Jobsuche, Existenzgründung, Aus- und Weiterbildung,
347 Familienarbeit, Pflege und Ehrenamt berücksichtigt werden sollen. Wird Fähigkeiten,
348 Wünschen und Vorschlägen der Einzelnen nicht Rechnung getragen und besteht keine
349 Wahl zwischen verschiedenen Förderangeboten, dürfen keine Sanktionen verhängt
350 werden. Angesichts der geringen praktischen Bedeutung von Sanktionen (bundesweit
351 durchschnittlich etwa ein Prozent) halten wir auch den Vorschlag eines befristeten
352 Sanktionsmoratoriums für einen guten Vorschlag, den wir aufnehmen wollen.
353 Scheinangebote mit dem Zweck der so genannten „Überprüfung der Arbeitsbereitschaft“
354 lehnen wir ab. Auf keinen Fall darf es einen Sanktionsautomatismus geben.
355 Hilfeempfänger müssen künftig die Möglichkeit haben Sanktionsentscheidungen von
356 einem paritätisch besetzten Widerspruchsausschuss prüfen zu lassen. Ihr Widerspruch
357 hat – im Gegensatz zur aktuellen Regelung – aufschiebende Wirkung. Unser Ziel ist eine
358 Grundsicherung, die ohne Sanktionen auskommt und das Setzen auf Motivation, Hilfe und
359 Anerkennung statt Bestrafung. Wir wollen das eigenverantwortliche Engagement eines
360 und einer jeden unterstützen und Mut zur Partizipation machen.

361 **2. Bekämpfung von Armut**

362 Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die materielle Armut
363 nimmt zu. Die Zahl der armen Menschen - vor allen Dingen armer Kinder – wächst. Armut
364 wird von einer Generation an die nächste weitergegeben.

365 Die Grüne Existenzsicherung garantiert das soziokulturelle Existenzminimum
366 entsprechend dem Bedarf. Sie lindert damit bereits entstandene Notlagen. Armut ist aber
367 auch der Mangel an Möglichkeiten, eigene Talente und eigenes Können zu entwickeln und
368 einzusetzen. Wenn wir die Ursachen der Armut bekämpfen und Armut dauerhaft

369 überwinden wollen, müssen die Transferzahlungen und Vorkehrungen zur Sicherung der
370 Teilhabe eng in einander greifen. Die Zugänge müssen so gestaltet sein, dass sie jedem
371 Menschen unabhängig von Herkunft, sozialem Umfeld und finanziellen Möglichkeiten offen
372 stehen und tatsächlich auch in Anspruch genommen werden können. Verdeckte Armut
373 aus Scham oder Unkenntnis darf es zukünftig nicht mehr geben.

374 Wir akzeptieren nicht, dass Kinder ein Armutsrisiko sind und ein hohes Armutsrisiko
375 haben. Gerade weil Kinder die abhängigsten Mitglieder unserer Gesellschaft sind, muss
376 die Solidargemeinschaft ein besonderes Augenmerk auf ihr Wohl legen. Dies beginnt mit
377 ihrer ausreichenden materiellen Absicherung. Kinder sind keine „abgeleiteten“
378 Erwachsenen, sondern haben eigenständige Bedürfnisse, die auch eigenständig ermittelt
379 und angemessen berücksichtigt werden müssen. Die Regelsätze für Kinder sind daher zu
380 erhöhen. Deshalb setzen wir uns für eine eigenständige und bedingungslose
381 Kindergrundsicherung ein, die Stück für Stück verwirklicht werden muss.

382 Eingeschränkte Bildungs- und Teilhabechancen einer immer größer werdenden Zahl von
383 Kindern und Jugendlichen sind nicht nur eine große Ungerechtigkeit gegenüber den
384 Betroffenen, sondern auch eine volkswirtschaftliche Fehlleistung erster Güte. Eine
385 Wissensgesellschaft kann es sich nicht leisten 20-30 Prozent eines Jahrgangs mit einem
386 schlechtem oder auch ganz ohne Schulabschluss aus dem Bildungssystem zu entlassen.
387 Alle Kinder und Jugendlichen brauchen eine faire Chance ihre Potentiale optimal zu
388 entwickeln. Das ist gut für die Kinder und Jugendlichen, das ist aber auch entscheidend für
389 die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens.

390 Angesichts der demografischen und sozialen Entwicklung und der bestehenden Defizite in
391 der Altersvorsorge wird in Zukunft das Risiko persönlicher Altersarmut zunehmen. Unsere
392 bündnisgrüne Perspektive angesichts dieser Herausforderung ist die Bürgerversicherung.

393 **3. Geschlechtergerechtigkeit**

394 Die Grüne Existenzsicherung entspricht unserem Grundsatz der
395 Geschlechtergerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für den eigenständigen
396 Rechtsanspruch aller Menschen beiderlei Geschlechts auf soziale Absicherung und
397 grundsätzliche individuelle Ansprüche auf Leistungen. Dieser Individualisierung steht im
398 Gegenzug der Abbau von Privilegien im Steuersystem und in den Sozialversicherungen
399 gegenüber, die an die Ehe gebunden sind. Ehegattensplitting, die Steuerklassen drei bis
400 fünf und bestimmte Regelungen in der Renten- und Krankenversicherung zielen noch
401 immer auf ein überholtes „Alleinernährer-Modell“ und befördern die Nicht- oder
402 Teilerwerbstätigkeit vor allem von Frauen. Als Folge treten häufig nicht existenzsichernde
403 Einkommen und Renten sowie dauerhafte Abhängigkeit vom Partner /der Partnerin oder
404 vom Staat ein. Der Zugang zur aktiven Arbeitsmarktförderung muss insbesondere
405 Frauen, auch wenn sie lange nicht erwerbstätig waren oder aufgrund der
406 Partnereinkommen aus dem ALG-II Bezug fallen, offen stehen, um ihnen den Einstieg in
407 existenzsichernde Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

408 Auch der zügige Ausbau der Kinderbetreuung samt frühkindlicher Bildung und von
409 Ganztagschulen, die individuell fördern, ist nicht nur aus bildungspolitischer, sondern
410 auch aus Gleichstellungssicht von entscheidender Bedeutung. Er ist ein wichtiger Beitrag
411 für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer.

412 In Deutschland beträgt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei
413 gleichwertiger Arbeit auch 50 Jahre nach Abschluss der Römischen Verträge im Schnitt 26
414 Prozent. Deutschland ist damit europaweit auf dem drittletzten Platz was Lohngleichheit
415 angeht. Gerade in der Pflege und in der Frühkindlichen Bildung, aber auch in vielen

416 anderen frauentypischen Berufen ist die Bezahlung so niedrig, dass Frauen sehr häufig
417 zusätzlich Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen, obwohl sie Vollzeit arbeiten.
418 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein Ende dieser gravierenden Lohnunterschiede. Wir
419 stehen für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und machen uns zudem für ein
420 Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft stark.

421 Modelle, die dazu beitragen, dass Pflege- und/oder Betreuungsarbeit – in der Regel zu
422 Lasten von Frauen - weiter individualisiert werden, sind nicht geschlechtergerecht und
423 angesichts des demographischen Wandels auch nicht zukunftsfest. Nötig ist im Gegenteil
424 eine Professionalisierung und Humanisierung der Pflege. Mit dem Aufbau einer
425 öffentlichen Infrastruktur in diesem Sektor - wie in den skandinavischen Ländern – entsteht
426 nicht nur zusätzliche Beschäftigung sondern Betreuung und Pflege kann auch so
427 organisiert werden, dass sie nicht mit der Erwerbstätigkeit der pflegenden Angehörigen
428 kollidiert.

429 **4. Unterstützung individuell gestalten – Selbstbestimmung ermöglichen**

430 Ein emanzipativer und ermutigender Sozialstaat wartet nicht bis der „Versicherungsfall“
431 eintritt, um dann erst zu helfen. Seine Leistungsstärke zeigt sich an der Konsequenz und
432 an der Kreativität, mit der er seinen BürgerInnen ermöglicht, selbst bestimmt zu leben.

433 Gerade in einer Zeit, in der die Individualisierung der Lebensverhältnisse nicht mehr zu
434 übersehen ist, kann es nicht eine Antwort für alle geben. Jeder Mensch hat eigene
435 Lebensumstände, eigene Bedürfnisse, Wünsche und Fähigkeiten, Stärken, aber auch
436 Schwächen – und benötigt deshalb individuelle Unterstützung. Das Konzept der Grünen
437 Grundsicherung berücksichtigt diese Individualität. Nötig ist eine bessere Vernetzung von
438 staatlicher, professioneller, familiärer und bürgerschaftlicher Unterstützung voraus – einen
439 welfare mix als neues sozialpolitisches Miteinander. Ein Sozialstaat der befähigt und
440 ermutigt, sucht deshalb gemeinsam und auf Augenhöhe mit den Betroffenen nach Wegen
441 zu mehr Teilhabe

442 Die persönliche Beratung muss Vorrang haben vor der schematischen Fallbearbeitung
443 mittels EDV-Masken. In jedem Einzelfall muss ein qualifiziertes Fallmanagement dafür
444 sorgen, dass die Bemühungen um Eingliederung und Qualifizierung greifen. Das
445 Sozialgesetzbuch II hat die Möglichkeit eröffnet, Vielfalt und Flexibilität walten zu lassen.
446 Diese Vielfalt muss noch wesentlich stärker genutzt werden. Mit der Reglementierung und
447 Behinderung durch bürokratische Vorschriften dagegen muss Schluss sein.

448 Die Gewährung einer materiellen Existenzsicherung ist in eine umfassende Hilfestruktur
449 eingebunden. Sie zielt darauf, die Hilfebedürftigkeit zu beenden und umfasst neben der
450 Arbeitsförderung weitere Leistungen, die die Eingliederung in das Erwerbsleben
451 unterstützen. Dazu gehören etwa die Schuldnerberatung und Angebote der
452 psychosozialen Hilfe.

453 Ein gut ausgebildeter arbeitsloser Akademiker braucht andere Hilfen als ein ungelernter
454 Langzeitarbeitsloser. Eine Mutter aus der Mittelschicht, die nach einem beruflichem
455 Wiedereinstieg sucht, braucht wiederum eine andere Unterstützung als die Zwanzigjährige
456 mit zwei Kindern, die keinen Berufsabschluss hat. Schwächen von Migrantinnen und
457 Migranten müssen in Stärken verwandelt werden, indem die sprachlichen Kompetenzen
458 gefördert und der interkulturelle Reichtum genutzt werden.

459 Die Vielfalt der Probleme erfordert eine Vielzahl von Lösungsansätzen. Nach diesem
460 Grundsatz funktioniert die Grüne Grundsicherung. Sie garantiert, bei allen
461 unterschiedlichen Bedürfnissen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – auf drei
462 Ebenen: durch den Zugang zu Arbeit, durch den Zugang zu Bildung und

463 Gemeinschaftsgüter und durch eine gesicherte Existenz.

464

465 **III. Die Grüne Grundsicherung eröffnet Teilhabe an Erwerbsarbeit**

466 **1. Erwerbsarbeit –Schlüssel zur Teilhabe**

467 Zugang zu Erwerbsarbeit ist unverzichtbar für die eigenständige Existenzsicherung, ist ein
468 Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung sowie für die Einbindung in
469 soziale Zusammenhänge. Sie ist zugleich Quelle für Selbstsicherheit und
470 Selbstbestätigung. Für die allermeisten Menschen ist es eine Frage der Würde, sich den
471 Lebensunterhalt eigenständig zu verdienen. Deshalb bleibt es eine wesentliche Aufgabe
472 für sozial gerechte Politik, allen den Zugang zu würdiger Erwerbsarbeit zu ermöglichen.
473 Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss ausgebaut werden. Neben individueller Beratung sind
474 Weiterbildungs-, Umschulungs- und Qualifizierungsangebote sowie Förderprogramme zur
475 Existenzgründung notwendig, um Wege in die Arbeitswelt zu eröffnen.

476 Unterstützungsangebote müssen zu den Erwerbslosen passen - nicht umgekehrt.

477 Auch für Erwerbslose, die auf absehbare Zeit keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt
478 haben, sind spezifische Angebote zu entwickeln. Für sie ist die Einrichtung eines sozialen
479 Arbeitsmarktes notwendig, der verlässlich funktioniert, ohne den Weg in den ersten
480 Arbeitsmarkt zu verbauen.

481 Junge Menschen brauchen Perspektiven. Für sie ist eine Ausbildung immer noch die
482 beste Voraussetzung, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es muss für jeden jungen
483 Menschen ein Angebot für Ausbildung geben. Dafür tragen Unternehmen und Staat die
484 Verantwortung. Das System der dualen Berufsausbildung muss gestärkt werden.
485 Warteschleifen, in denen viele Jugendliche demotiviert und perspektivlos zurückbleiben,
486 sind nicht akzeptabel. Alternativangebote wie zum Beispiel Produktionsschulen, die
487 zuverlässig den Einstieg in eine eigenverantwortliche Erwerbskarriere erlauben, sind
488 auszubauen.

489 Mit der Einführung von Mindestlöhnen, unserem Progressiv-Modell zur Senkung der
490 Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich und besseren
491 Hinzuverdienstmöglichkeiten wollen wir die Rahmenbedingungen für existenzsichernde
492 Arbeit verbessern. Denn Erwerbsarbeit schafft die Voraussetzung dafür, das Leben
493 unabhängig von Transferleistungen zu gestalten.

494 **2. Mindestlöhne gegen Lohndumping**

495 Im Westen Deutschlands sind nur noch die Hälfte der Betriebe tariflich gebunden, im
496 Osten weniger als ein Viertel. Unter diesen Bedingungen können Gewerkschaften nicht
497 mehr alleine faire Mindestarbeitsbedingungen sichern. Insgesamt rund vier Millionen
498 Vollzeitbeschäftigte arbeiten für einen Niedriglohn. Die Zahl der Erwerbstätigen, die
499 ergänzend Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, ist inzwischen auf über eine Million
500 Menschen gestiegen; ca. 344.000 davon gehen einer Vollzeitbeschäftigung nach. Armut
501 trotz Arbeit ist für viele Menschen in Deutschland Realität. Diese Menschen haben mehr
502 verdient! Wir nehmen nicht hin, dass immer mehr Arbeitgeber versuchen, sich auf Kosten
503 der Allgemeinheit vor der Zahlung eines angemessenen Lohns zu drücken und das
504 Arbeitslosengeld II als flächendeckenden Kombilohn missbrauchen. Es kann nicht richtig
505 sein, dass Beschäftigte mit ihren Steuern die Hungerlöhne in ihren Konkurrenzbetrieben
506 subventionieren.

507 Deshalb wollen wir Mindestlohnregelungen durchsetzen, die es in den meisten Ländern
508 Europas bereits gibt. Wir haben schon seit 2004 Mindestlohnregelungen gefordert, als die

509 Gewerkschaften darüber noch uneinig waren und andere Parteien das Thema noch
510 ignorierten. Branchenspezifische Mindestlöhne, ob über das Entsendegesetz oder über
511 ein reformiertes Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen sind sinnvoll. Aber es braucht
512 auch eine allgemein wirkende Mindestlohnschranke gegen Lohndrückerei. Alle
513 Erwerbstätigen müssen daher von einer gesetzlich einzurichtenden
514 Mindestlohnkommission verbindlich gegen Lohndumping geschützt werden.

515 Mindestlöhne durchzusetzen bedeutet auch, die Finanzierung für die Grüne
516 Grundsicherung nicht durch Kombilohn-Kosten zu überlasten und zu verhindern, dass
517 allein dadurch immer mehr Menschen als „Aufstocker“ von Grundsicherung abhängig
518 werden. In genau dieselbe Richtung wirkt auch das Progressivmodell. (Ebenso übrigens
519 der Kinderzuschläge beziehungsweise perspektivisch die Kindergrundsicherung.) Es ist
520 daher falsch zu behaupten, dass durch Leistungsverbesserungen im Rahmen der
521 Grundsicherung quasi automatisch Millionen Menschen zusätzlich von Transferleistungen
522 abhängig werden.

523 **3. Progressivmodell: Kleine Arbeitseinkommen entlasten und Jobs schaffen**

524 Viele Menschen mit geringen Qualifikationen in einfachen Tätigkeiten können von ihrem
525 Arbeitseinkommen nicht leben. Mitverantwortlich dafür sind die hohen Lohnnebenkosten,
526 die kleine Einkommen überproportional belasten. Sie wirken wie eine einheitliche Flat-Tax
527 mit Beitragsbemessungsgrenze nach oben und ist damit doppelt unsozial. Mit dem grünen
528 Progressivmodell wollen wir die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich radikal
529 absenken, und sie langsam progressiv ansteigen lassen. Was bei der Steuer als gerecht
530 empfunden wird – kleine Einkommen: geringe Steuern; große Einkommen: hohe Steuern
531 – soll auch für die Sozialversicherungsbeiträge gelten. Das Prinzip heißt: Je geringer das
532 Einkommen desto geringer der Beitragssatz.

533 Das Progressivmodell schafft neue Jobs insbesondere im Dienstleistungsbereich. Allein in
534 der Gesundheitsbranche kann bis 2020 mit 600.000 neuen Arbeitsplätzen gerechnet
535 werden. Die skandinavische Entwicklung zeigt, dass eine gute öffentliche Infrastruktur
536 nicht nur die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männern fördert,
537 sondern auch für mehr Beschäftigung sorgt.

538 Durch die sinkenden Arbeitskosten haben auch Geringqualifizierte bessere Chancen auf
539 dem Arbeitsmarkt. Mit dem Progressiv-Modell lohnen sich einfache Jobs wieder. Auch der
540 Anreiz zur Schwarzarbeit wird erheblich gesenkt, denn der geringere finanzielle Vorteil
541 lässt das Risiko der Illegalität unverhältnismäßig werden.

542 Derzeit schlecht abgesicherte MinijobberInnen werden künftig vollwertige Mitglieder in der
543 Sozialversicherung – mit stark reduzierten Beiträgen. Auch hiervon profitieren
544 insbesondere Frauen. Da die geringeren Sozialbeiträge von der Solidargemeinschaft mit
545 Steuermitteln aufgestockt werden, bleiben die Ansprüche beim Arbeitslosengeld I und in
546 der Rentenversicherung trotz der niedrigeren Beitragssätze für die NutznießerInnen des
547 Progressiv-Modells erhalten.

548 **4. Bessere Zuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II**

549 Ein eigenes Einkommen soll auf die Grundsicherung weniger stark angerechnet werden
550 als beim heutigen Arbeitslosengeld II. Bis zu einem Verdienst von 400 Euro soll jeder
551 zweite Euro anrechnungsfrei bleiben, darüber hinaus soll ein Anteil des Verdienstes bei
552 den EmpfängerInnen verbleiben, der 20 Prozent nicht übersteigt. Damit wollen wir
553 Verbesserungen für kleine Einkommen erreichen und auch zusätzliche
554 Handlungsspielräume für diejenigen eröffnen, die z.B. als Alleinerziehende nicht ohne
555 weiteres in der Lage sind, einen Vollzeitjob auszuüben. Die Hinzuverdienste wirken mit

556 dem Progressiv-Modell zusammen, im Zusammenspiel unterstützen sie gemeinsam die
557 Aufnahme von Erwerbstätigkeit.

558 **5. Bessere Arbeitsverwaltung und sozialer Arbeitsmarkt**

559 Wir brauchen eine Arbeitsverwaltung, die nicht nach "Schema F" handelt, sondern
560 gemeinsam mit den Arbeitssuchenden an Lösungen arbeitet. Regionalisierung der
561 Arbeitsmarktpolitik samt einer klaren Verantwortung der Kommunen sind dafür
562 erforderlich. Die Bundesarbeitsagentur muss gegenüber den Kommunen zur
563 Dienstleisterin werden. Statt Arbeitslose zu gängeln und zu bestrafen, müssen ihnen die
564 VermittlerInnen auf gleicher Augenhöhe begegnen. Es gibt bereits gute Erfahrungen mit
565 Jobcentern, in denen dieses Verständnis von Vermittlung umgesetzt wird. Von diesen
566 Erfahrungen sollten wir lernen und profitieren.

567 Zwar bietet das vorhandene arbeitsmarktpolitische Instrumentarium eigentlich die
568 Grundlage für eine maßgeschneiderte individuelle Förderung, und die in Deutschland zur
569 Verfügung stehenden Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik entsprechen in etwa denen in
570 Schweden. Aber trotz dieser guten Voraussetzungen gibt es erheblichen
571 Verbesserungsbedarf: Das Angebot zur Weiterbildung muss qualitativ und quantitativ
572 ausgeweitet werden, besonders für Jugendliche und ältere ArbeitnehmerInnen.
573 Jugendliche sollen vor allem die Möglichkeit bekommen, einen Schulabschluss
574 nachzuholen oder eine Ausbildung zu machen. Ältere ArbeitnehmerInnen brauchen
575 Zugang zu guter, langfristig angelegter Weiterbildung, um ihre Arbeitsmarktchancen
576 dauerhaft verbessern zu können.

577 Mangelnde Qualifikation, gesundheitliche Probleme und andere Handicaps führen dazu,
578 dass unter den derzeitigen Bedingungen für schätzungsweise 400.000 Menschen der Weg
579 in den ersten Arbeitsmarkt versperrt bleibt. Für sie gilt es, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu
580 finanzieren. Diese Menschen benötigen öffentlich finanzierte sozialversicherungspflichtige
581 Arbeitsverhältnisse, die mit langfristig konzipierter Beschäftigung und Qualifizierung ein
582 sinnstiftendes Angebot unterbreiten, ohne den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu
583 verbauen.

584

585 **IV. Teilhabe durch Zugang zu öffentlichen Gütern**

586 Wenn wir als grüne Strategie eine Stärkung von öffentlichen Gütern und öffentlichen
587 Institutionen fordern, dann meinen wir damit nicht eine Stärkung des institutionellen Status
588 Quo. Es braucht vielmehr konzeptionellen Ehrgeiz, um die Frage zu beantworten, wie wir
589 die bestehenden Institutionen weiterentwickeln und verändern müssen, damit sie ihre
590 öffentliche Funktion überhaupt oder besser erfüllen können.

591 Aus grüner Sicht ist die Qualität öffentlicher Institutionen unabdingbar mit der
592 Gewährleistung von Zugängen verbunden. Öffentliche Institutionen müssen unabhängig
593 von sozialer und ökonomischer Lage für die Menschen offen sein, die auf das öffentliche
594 Gut angewiesen sind. Institutionen der Kinderbetreuung beispielsweise, die nur für
595 Berufstätige mit hohem Einkommen zugänglich sind, sind keine „öffentlichen“. Gleiches gilt
596 etwa für Schulen oder Hochschulen, die nur für Schüler mit reichen Eltern erschwinglich
597 sind.

598 Für eine grüne Strategie öffentlicher Institutionen spielt zum Zweiten das Recht auf
599 Partizipation und Mitbestimmung der Betroffenen eine wichtige Rolle. Als lebendige und
600 lernende Institutionen kommt es darauf, die Interessen und die Stärken der einzelnen
601 Akteure ins Spiel zu bringen, anstatt sie in einer autoritären Struktur zu ersticken.

602 Öffentliche Institutionen sind nicht nur per Gesetz demokratisch legitimiert, sondern sie
603 haben zugleich nach innen den Gedanken der Beteiligung zu berücksichtigen.

604 Als offene und partizipative Institutionen gestehen wir den Institutionen drittens eine starke
605 Autonomie der Binnenorganisation zur Erreichung der qualitativen Ziele zu. Anstatt
606 Institutionen in einer starren Hierarchie zu begreifen, kommt es darauf an, die Eigenarten
607 und die Kompetenz der jeweiligen Akteure als Ausgangspunkt institutioneller Qualität zu
608 verstehen. Hier kommt auch ein Element von Qualitätswettbewerb ins Spiel.

609 Es wäre falsch, bei öffentlichen Institutionen die Qualitätsfrage gegen die Strukturfrage
610 auszuspielen. Gerade im öffentlichen Raum sind Qualitätsverbesserungen nur über
611 Strukturveränderungen zu erreichen. Am Beispiel der Institution Schule: Die Forderung
612 nach einem bestimmten Bildungskanon ist ebenso ein „Strukturvorschlag“ wie die nach
613 mehr Schulautonomie oder die Forderung nach einer Überwindung des starren
614 dreigliedrigen Schulsystems.

615 Ein weiterer Kurzschluss läge sodann darin, die Qualitätsfrage gegen die Notwendigkeit
616 einer Erhöhung institutioneller Transfers auszuspielen. Es ist offenkundig, dass zentrale
617 Strukturreformen zur Qualitätsverbesserung in bestimmten Institutionen nur in Verbindung
618 mit zusätzlichen öffentlichen Investitionen zu realisieren sind. Auch hier wieder das
619 Beispiel Schule: Eine deutliche Verbesserung der Qualität dieser Institution ist nur über ein
620 Bündel an Maßnahmen möglich, die teilweise finanzrelevant sind und teilweise nicht. Klar
621 ist aber, dass etwa eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels als Grundvoraussetzung für
622 stärker individualisiertes Lernen und Lehren erhebliche zusätzliche Investitionen erfordert.

623 Diese faktischen Zusammenhänge zwischen Qualitätsverbesserung, Strukturreformen und
624 Investitionsbedarf sind der Grund, warum eine grüne Institutionen-Strategie das
625 Augenmerk auf die Finanzierungsfrage lenken muss.

626 **1. Bildung, Erziehung und Betreuung**

627 Die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe werden ganz am Anfang eines
628 Menschenlebens geschaffen. Qualifikation und soziale sowie ethnische Herkunft haben in
629 Deutschland stärkeren Einfluss auf die Beschäftigungs- und Lebenschancen als in den
630 meisten anderen OECD-Staaten. Bildungsarmut wird hierzulande quasi vererbt. Diese
631 skandalöse Abhängigkeit der Zugangschancen von der sozialen Herkunft muss beendet
632 werden. Wir brauchen die Talente und die Kreativität von allen.

633 Die frühkindliche Bildung in den ersten Lebensjahren bis hin zum Vorschuljahr muss
634 quantitativ und qualitativ verbessert werden, Krippen und Kitas müssen wir zu Bildungs-,
635 Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen ausbauen. Eltern soll ein Rechtsanspruch auf
636 Tagesplätze für Kinder ab dem ersten Lebensjahr zustehen. Dafür müssen insgesamt
637 800.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren eingerichtet werden.
638 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir Eltern und Kommunen unterstützen.
639 ErzieherInnen sollen entsprechend ausgebildet und weiter qualifiziert werden.

640 Damit alle Kinder ihre Talente entwickeln können, muss das sozial hoch selektive
641 Schulwesen grundlegend reformiert werden. Künftig sollen individuelle Förderung und
642 gemeinsames Lernen im Mittelpunkt der Schulpädagogik stehen. Nach den erfolgreichen
643 skandinavischen Vorbildern wollen wir eine Schule etablieren, in der alle Kinder bei
644 individueller Förderung neun Jahre gemeinsam lernen können und in der ihre
645 Verschiedenheit als Chance für alle genutzt wird. Zudem brauchen wir ein
646 flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen.

647 Deutschland hat im internationalen Vergleich zu wenige Studienplätze in zu schlecht

648 ausgestatteteten Hochschulen. Sie platzen aus allen Nähten und sind genau wie die
649 Schulen sozial hoch selektiv. Nicht zuletzt wegen des wachsenden Mangels an
650 Fachkräften ist das inakzeptabel. Aber es handelt sich ebenso wie bei den
651 Studiengebühren auch schlicht um eine Frage der Gerechtigkeit. Allen jungen Menschen
652 müssen wir eine ausreichende und elternunabhängige Finanzierung ihres Studiums
653 garantieren.

654 Kontinuierliche Weiterbildung kommt in Deutschland noch immer zu kurz. Dabei ist klar,
655 dass das einmal in Lehre, Berufsschule oder Studium erworbene Wissen nicht mehr den
656 Erfordernissen eines langen Berufslebens genügt.

657 Auch im lebenslangen Lernen ist Skandinavien ein Vorbild. Um die Quoten anderer
658 Länder in der Weiterbildung zu erreichen, muss in Deutschland ein qualifiziertes System
659 der Bildungsberatung verankert werden. Wir müssen die organisatorischen und
660 finanziellen Rahmenbedingungen verbessern – mit dem Ziel, Anreize für neue
661 Bildungsphasen nach Schule und (Erst-) Ausbildung zu geben. Aus finanziellen Gründen
662 darf niemand von der Weiterbildung abgehalten werden. Hier sind Unternehmen und
663 Gesetzgeber gleichermaßen gefragt. So braucht es beispielsweise bundesweit den
664 Anspruch auf Bildungsurlaub, welcher individuelle, kulturelle oder politische Bildung eines
665 und einer jeden ermöglicht.

666 **2. Unterstützung von Kindern und Familien**

667 Kinder und Familien brauchen zielgenauere Angebote und Strukturen. Neben der
668 klassischen Jugend- und Familienhilfe zählen hierzu beispielsweise Familienzentren,
669 soziale Frühwarnsysteme, Hebammenprojekte für Familien in schwierigen Situationen. Um
670 insbesondere diejenigen Kinder und Familien zu erreichen, die häufig von pädagogischen,
671 sportlichen und kreativen Angeboten ausgeschlossen sind, sollen Angebote dort
672 geschaffen werden, wo sich die Kinder und Familien aufhalten: zum Beispiel in den
673 Kindertagesstätten, Schulen und kommunalen Begegnungstätten. Kinder mit
674 Migrationshintergrund müssen dabei besonders berücksichtigt werden, damit sie von
675 Anfang an integriert sind. Die Angebote können durch Gutscheinsysteme unterstützt
676 werden.

677 **3. Gesundheitliche Prävention und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen**

678 Körperliche und psychische Krankheiten sind vielfach zugleich sowohl Ursache als auch
679 Folge von sozialen Problemen und Ausgrenzung. Sie erschweren den Betroffenen die
680 Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsprozess zunehmend. Wir müssen
681 daher Gesundheitsförderung und Prävention grundlegend reformieren, um sie stärker als
682 bisher auf sozial benachteiligte Gruppen auszurichten.

683 In der Prävention spielen partizipative Strategien eine wichtige Rolle. Angebote müssen
684 zusammen mit den Betroffenen entwickelt und umgesetzt werden. Ein geeigneter Ansatz
685 ist beispielsweise die Gesundheitsförderung in der Schule oder im Stadtteil.

686 „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ – diesem
687 Benachteiligungsverbot in Artikel 3 des Grundgesetzes muss eine diskriminierungsfreie
688 Grundsicherung für Menschen mit Behinderungen entsprechen. Bezüglich ihrer
689 Lebensbedürfnisse dürfen Menschen mit Behinderungen in der Grundsicherung also nicht
690 anders gestellt werden als andere auch. Bedarfe, die sich trotz Barrierefreiheit allein
691 aufgrund einer Behinderung ergeben wie beispielsweise eine Arbeitsassistenz, sind als
692 Nachteilsausgleich anrechnungsfrei zu stellen.

693 Ein schwer durchschaubarer Dschungel an unterschiedlichen Leistungssystemen und

694 Institutionen im Sozialrecht verhindert derzeit, dass Behinderten die Teilhabe an allen
695 gesellschaftlichen Bereichen ohne Vorbedingung gewährt wird. Mittelfristig gehört es
696 deshalb zur Grünen Existenzsicherung, dass ein einheitliches Bundesleistungsgesetz für
697 Menschen mit Behinderungen die rechtlichen Grundlagen schafft.

698 **4. Mobilität für alle sichern**

699 Der Zugang zu einem bezahlbaren und gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr
700 auf Straße und Schiene ist Voraussetzung für die Mobilität gerade von armen und
701 bedürftigen Menschen. Auch angesichts höherer Energiepreise und mit Blick auf den
702 Klimawandel ist der konsequente Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur
703 erforderlich. Dabei setzen wir Grünen uns für die Einführung von Sozialtickets ein.

704

705 **V. Teilhabe durch eine gesicherte Existenz**

706 Wir verstehen die Grundsicherung als einen Rechtsanspruch, nicht als Almosen. Ihren
707 Anspruch müssen Bedürftige ohne Diskriminierung oder Gängelung durch die Behörden in
708 einem leicht verständlichen Verfahren geltend machen können. Die Würde der
709 AntragstellerInnen muss dabei immer gewahrt bleiben. Niemand soll mehr aus Scham
710 oder Angst vor Ämtern in Armut leben müssen. Das Arbeitslosengeld II erfüllt diese
711 Bedingungen nicht: Die Regelsätze sind zu niedrig, und die Anrechnung von Ersparnissen
712 für das Alter ist ungerecht. Die verschärfte Anrechnung des PartnerInneneinkommens hat
713 vor allem die Situation von Frauen verschlechtert. Die derzeitigen, und durch die große
714 Koalition verschärften Regelungen hindern junge Menschen daran, aus dem Elternhaus
715 auszuziehen und sich selbständig zu orientieren.

716 **1. Regelsatz auf 420 Euro erhöhen**

717 Die Höhe des soziokulturellen Existenzminimums muss künftig in einem nachvollziehbaren
718 transparenten Verfahren ermittelt und jährlich an die veränderten Lebenshaltungskosten
719 angepasst werden. Sachleistungen sollen ergänzend besondere Bedürfnisse decken.
720 Experten beziffern den notwendigen monatlichen Regelsatz derzeit auf zwischen 390 und
721 460 Euro. Wir gehen in unseren Berechnungen von dem durch den DPWV ermittelten
722 Regelsatz von 420 Euro aus.

723 **2. Schutz der Altersvorsorge**

724 Vermögen, das der Absicherung im Alter dient, muss besonders geschützt werden. Denn
725 wer selbstverantwortlich für das Alter gespart hat, soll diese Vorsorge auch in Anspruch
726 nehmen können. In Anlehnung an die grüne Idee des Altersvorsorgekontos sollen künftig
727 bis zu 3000 Euro pro Lebensjahr steuerfrei zurückgelegt werden können. Diese
728 Ersparnisse werden bei der Beurteilung der Hilfebedürftigkeit nicht berücksichtigt und
729 werden nicht für Existenzsicherung herangezogen. Sie sind für den Bezieher der
730 Existenzsicherung auch erst ab dem Renteneintritt verfügbar.

731 **3. PartnerInnen als eigenständige Individuen betrachten**

732 Die Grüne Existenzsicherung betrachtet auch in Partnerschaft lebende Männer und
733 Frauen als eigenständige Individuen. Die Existenzsicherung darf ihnen nicht aufgrund des
734 Einkommens ihres Partners vorenthalten werden, da sie sonst finanziell abhängig vom
735 Partner würden. Deshalb soll die Existenzsicherung langfristig vollständig individualisiert
736 werden. Dieser Prozess muss jedoch von der Individualisierung anderer Systeme wie der
737 Einkommensteuer sowie der Kranken- und Rentenversicherung begleitet werden. Schon
738 jetzt müssen aber Ehe- und LebenspartnerInnen einen eigenständigen Anspruch auf

739 Beratung und auf aktive Förderung bei der Arbeitsplatzsuche haben.

740 **4. Existenz von Kindern sichern**

741 Beim Kinderzuschlag für GeringverdienerInnen soll die Einkommensgrenze erhöht und
742 der Umfang der Leistungen an den Bedarf angepasst werden. Wir wollen das Antrags-
743 und Bewilligungssystem vereinfachen. Dadurch werden deutlich mehr Kinder vom
744 Kinderzuschlag profitieren.

745 Auch die Kinder von ALG II-EmpfängerInnen wollen wir besser unterstützen. Der
746 derzeitige Regelsatz für Kinder in Höhe von 60 bzw. 80 Prozent des Regelsatzes eines
747 Erwachsenen wird den eigenständigen Bedürfnissen von Kindern nicht gerecht. Die
748 Regelsätze für Kinder müssen nach kindgerechten Maßstäben und mit transparenten
749 Indikatoren ermittelt werden.

750 Die Erhöhung der Regelsätze für Kinder auf 300 bis 350 Euro abhängig vom Alter und der
751 Ausbau des Kinderzuschlags sind für uns vorrangige Maßnahmen. Sie sollen erste
752 Schritte zu einer bedingungslosen Kindergrundsicherung sein, die für alle Kinder das
753 Existenzminimum individuell gewährleistet. Ohne vorherige Durchführung der genannten
754 Schritte würde eine bedingungslose Kindergrundsicherung gerade den ärmsten Kindern
755 wenig zugute kommen. Daher sind wir nicht dafür, diesen zweiten Schritt vor dem ersten
756 zu machen.

757 Darüber hinaus sollen auch Sachleistungen zu einer optimalen Entfaltung und Entwicklung
758 von Kindern beitragen. Die Übernahme von Kosten für die Schulmahlzeit, den Nahverkehr,
759 die Bibliotheken und für den außerschulischen Sport- oder Musikunterricht erreichen
760 Kinder aus ärmeren Familien oft zielgenauer als Geldleistungen.

761 **5. Brücken-Existenzsicherung**

762 Die Veränderung der Erwerbsbiografien führt immer häufiger dazu, dass Phasen der
763 Erwerbsarbeit sich abwechseln mit Zeiten der Bildung, der Familienarbeit und des
764 ehrenamtlichen Engagements. Dabei soll die Brücken-Existenzsicherung für eine
765 begrenzte Zeit ohne Gegenleistung eine einfache und unbürokratische Hilfe sein. Sie
766 richtet sich an Menschen, die nur materielle Absicherung benötigen. Um alles andere –
767 den nächsten Auftrag, den nächsten Job oder die neue berufliche Perspektive – kümmern
768 sie sich eigenständig.

769 Für solche selbst bestimmten Phasen wollen wir größere Spielräume eröffnen. Ohne ihre
770 Ansprüche auf Förderung und Beratung zu verlieren, bekommen die Betroffenen Zeit und
771 Raum, um in Eigenregie ihre Projekte zu konzipieren und anzustoßen. Davon profitieren
772 zum Beispiel Menschen, die im sozialen, künstlerischen oder im Medienbereich tätig sind
773 und oft in Jobs arbeiten, die zeitlich begrenzt sind. Ganz bewusst richtet sich die Brücken-
774 Existenzsicherung aber auch an Selbständige, die auf diese Weise vorübergehende
775 Zeiten mit keinem oder geringem Einkommen überbrücken können.

776 **6. Gleiche Grundsicherung für AsylbewerberInnen**

777 Nach wie vor liegen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz noch unter
778 dem Sozialhilfeniveau. Diesem Missstand gilt es endlich zu begegnen. Wir wollen, dass
779 AsylbewerberInnen sowohl die Grundsicherung für sich als auch für ihre Kinder in gleicher
780 Höhe wie andere Bedürftige erhalten. Außerdem sollen sie leichter eine Arbeitserlaubnis
781 bekommen können. Wir wollen auch nicht hinnehmen, dass Menschen ohne legalen
782 Aufenthaltsstatus und ihre Kinder vom Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen
783 ausgeschlossen sind.

784

785 **VI. Finanzierung**

786 Teilhabe für alle gibt es nicht zum Nulltarif, die Grüne Grundsicherung kostet Geld. Die
787 von uns benannten Investitionen in Gemeinschaftsgüter, institutionelle Transfers und
788 bessere individuelle Transfers machen deutlich, dass wir dafür höhere steuerliche
789 Realerträge benötigen. Insgesamt müssen wir Ausgaben in Höhe von mindestens 60
790 Milliarden Euro gegen finanzieren. Gerade bei der Finanzierung zeigt sich, dass die grüne
791 Grundsicherung auch ein Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit ist: während zum
792 Beispiel die Zugänge zu öffentlichen Institutionen allen offen stehen, wollen wir bei der
793 Finanzierung stärkere Schultern auch stärker belasten.

794 Ein wichtiger Ansatz zur Finanzierung besteht darin, Steuerschlupflöcher zu schließen,
795 Steuerflucht und Steuerhinterziehung endlich konsequenter zu bekämpfen – denn ein
796 Großteil der umverteilenden Wirkung der Einkommensteuer geht durch die
797 Steuerhinterziehung von Einkommensstärkeren verloren. Im Rahmen des zweiten Teils
798 der Föderalismusreform fordern wir deshalb auch eine bundeseinheitliche
799 Steuerverwaltung. Natürlich wissen wir, dass in einer globalisierten Welt
800 Steuererhöhungen so gestaltet werden müssen, dass sie die Steuerflucht nicht dramatisch
801 erhöhen, da sie andernfalls das Finanzierungsproblem verschärfen statt es zu lösen. Wir
802 finden es inakzeptabel, dass private Spitzenverdiener durch Wohnsitzverlagerung ins
803 Ausland der Besteuerung entgehen können. Daher streben wir eine Lösung ähnlich wie in
804 den Vereinigten Staaten an, deren im Ausland lebende Staatsbürger in den USA
805 einkommensteuerpflichtig sind. Wir halten allerdings die Erhöhung der privaten
806 Einkommensteuer unter voller Einbeziehung privater Kapitalerträge für sinnvoll. Der
807 Spitzensteuersatz soll auf 45 Prozent steigen. Einkommen aus Vermietung und
808 Verpachtung müssen realistisch ermittelt werden. Die Abschmelzung des
809 Ehegattensplittings erbringt ebenfalls erhebliche Mehreinnahmen. Der steuerliche Beitrag
810 der Vermögen ist in Deutschland besonders niedrig. An einer Heranziehung von
811 Vermögen für die Finanzierung des Sozialstaats wollen wir festhalten. Wir wollen
812 insbesondere eine gerechtere Besteuerung hoher Erbschaften erreichen, denn es ist nicht
813 einzusehen, dass diese Vermögen nicht ihren angemessenen Anteil zum
814 Steueraufkommen beitragen. Dass es besser ist, in Bildung zu investieren als glücklichen
815 Erben leistungslose Reichtümer zu sichern – dafür werden wir Verständnis finden. Zur
816 Stärkung der Kommunen ist die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer
817 weiterzuentwickeln.

818 Außerdem treten wir dafür ein, die ökologische Finanzreform fortzusetzen und dabei die
819 Verbindung ökologischer und sozialer Ziele ins Zentrum zu rücken. Pro Jahr können wir
820 umweltschädliche Subventionen in zweistelliger Milliardenhöhe sparen. Derzeit steigen die
821 Subventionen durch Ausnahmen bei der Ökosteuer sogar noch. Außerdem wollen wir den
822 Vorschlag eines Öko-Bonus aufgreifen. Die ökologisch sinnvolle Besteuerung von Strom-
823 und Wärmeverbrauch soll erhöht werden, um soziale Umverteilung zu verwirklichen, die
824 Einkommensschwachen und zu Gute kommt, die Energieeffizienz und Energieeinsparung
825 umsetzen.

826

827 **VII. Ausblick: Gesicherte Existenz, neue Chancen**

828 Die Grüne Grundsicherung markiert einen Aufbruch in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.
829 Einen Aufbruch zu einem ermutigenden Sozialstaat, einem Sozialstaat, der Mut statt Angst
830 macht und der das Potenzial aller BürgerInnen zu schätzen und zu nutzen weiß.

831 Die Grüne Grundsicherung ist die Antwort auf die Veränderung der Gesellschaft, die wir
832 heute für morgen in Angriff nehmen können und müssen. Sie ist unser Konzept gegen die
833 aktuelle Aufspaltung in Gewinner und Verlierer und für mehr Gerechtigkeit und
834 Selbstbestimmung. Wir wollen die Menschen nicht nur materiell versorgt wissen, sondern
835 ihnen gleichzeitig Chancen bieten, ihre Fähigkeiten zu entfalten und auf ihre Weise an der
836 Gesellschaft teilzuhaben und sie voranzubringen.

837 Die Grüne Grundsicherung heute anzupacken, heißt nicht, die Diskussion über die Zukunft
838 des Sozialen damit einzustellen. Mit diesem Beschluss ist auch die Diskussion über das
839 Grundeinkommen nicht beendet – zumal sie ja in der Gesellschaft weitergeht. Die
840 Diskussion soll weitergehen. Zum Beispiel über die Frage, ob und gegebenenfalls wie sich
841 eine negative Einkommenssteuer, die in einigen Grundeinkommensmodellen
842 vorgeschlagen wird, auch mit dem Grünen Grundsicherungskonzept verbinden lässt. Wir
843 wollen weiter diskutieren über die Ausgestaltung der Bildungsfinanzierung sowie über die
844 Existenzsicherung im Alter angesichts der Gefahr sich ausbreitender Altersarmut. So
845 kommen wir Schritt für Schritt zu einem konzeptionell starken und die Menschen
846 überzeugenden Bundestagswahlprogramm für 2009.

847

848 **Dieser Antrag wird außerdem unterstützt von:**

849 Daniela Schneckenburger, Brigitte Pothmer, Markus Kurth, Jürgen Suhr, Antje Hermenau,
850 Theresa Schopper, Sepp Daxenberger, Tarek Al-Wazir, Julia Seeliger, Fritz Kuhn, Renate
851 Künast, Volker Beck, Jürgen Trittin, Katrin Göring-Eckardt, Marlis Bredehorst, Sibyll Klotz ,
852 Stephan Schilling, Felix Tintelnot, Peter Siller, Britta Hasselmann, Silke Krebs, Bärbel
853 Höhn

854 Thea Dücker, Karoline Linnert, Arndt Klocke (ergänzt am 08.11.2007)

855